



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-Mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 19.01.2023

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie  
am Dienstag, 24. Januar 2023, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

### HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2022

**2. 23-A-77-0001**

Artenreiches Grünland - Biodiversitäts-Treiber in Mitteleuropa und für unsere Region

- Information Herr Hussing (Bürgerstiftung Unser Land RheingauTaunus/+BBN) -

**3. 23-A-77-0002**

Potenzialanalyse zur Reduktion der THG-Emissionen und aktueller Stand der kommunalen Wärmeplanung für Wiesbaden

- Information des Umweltamtes -

**4. 23-F-78-0001**

Gasexplosion Nordenstadt

- Antrag der Fraktionen CDU und BLW/ULW/BIG vom 18.01.2023 -

Anfang 2023 kam es in einem Wohnhaus in Nordenstadt zu einer Gasverpuffung. Grund war, dass eine zuführende Gasleitung defekt war, das Gas dadurch aus der Leitung austreten konnte und dann im Wohnhaus verpuffte. Bei diesem Vorfall kam es zu einem hohen Sachschaden sowie schweren Verletzungen der Bewohner. Durchaus hätte es auch zu Todesfällen kommen können. Ebenfalls Anfang des Jahres ist es in Bochum zu einem ähnlichen Vorfall gekommen. Dabei stürzte ein Wohnhaus völlig ein und es kam dabei auch zu einem Todesfall. Aufgrund dieser Vorfälle ist die Bevölkerung über die Sicherheit von Gasleitungen verunsichert. Zu beachten ist ebenfalls, dass neben den Bewohnern auch Besucher, Dienstleister und Passanten gefährdet sind.

Der Ausschuss Umwelt, Klima und Energie wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. ob in Wiesbaden ähnliche Defekte an Gas-Hauszuleitungen in der Vergangenheit bereits bekannt geworden sind?
2. ob die Gasleitungen allgemein und die Hauszuleitungen im Speziellen überprüft werden? Falls ja, nach welchen Kriterien / in welchem Turnus?
3. ob es Gefährdungseinschätzungen für das Gasnetz, etwa nach Alter, Bodenbeschaffenheit o.ä. gibt? Falls nicht, wird der Magistrat bzw. ESWE-Versorgung gebeten eine solche zu erstellen.
4. ob es Erkenntnisse gibt, dass anhaltende Trockenheit des Bodens oder Temperaturschwankungen das Risiko einer Beschädigung der Gasleitungen beeinflussen?
5. wie sich besorgte Gaskunden und andere ggf. Gefährdete (Passanten, Besucher, Dienstleister) vor ähnlichen Vorfällen schützen können?

## 5. 23-F-63-0001

Biodiversitätskriterien für Schmuckbepflanzungen und Pflanzpatenschaften sowie Einrichtung von „Bienen-Highways“

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2023 -

Das Grünflächenamt verwendet im öffentlichen Raum ein Sortiment von Blütenpflanzen und vergibt auch Pflanzpatenschaften für z. B. Kübel und Baumscheiben. Viele herkömmliche Schmuckpflanzen, wie beispielsweise Stiefmütterchen sowie gefüllte Dahlien, Garten-Chrysanthenen und Geranien sind jedoch für nektar- und pollensuchende Insekten nutzlos. Aufbauend auf den bereits vorhandenen Ansätzen des Grünflächenamts zur Erhaltung der Biodiversität sollten daher grundsätzlich über die gesamte Vegetationsperiode vielfältige und pestizidfreie Nahrungsangebote für Bienen, Hummeln und andere Blütenbesucher gepflanzt werden. Ziel ist, einen Beitrag gegen das fortschreitende Insektensterben zu leisten und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

Eine weitere Maßnahme, die sich positiv auf die Insektenpopulation auswirkt, ist die Einrichtung sogenannter „Bienen-Highways“. Das Netzwerk Blühende Landschaft setzt sich schon seit 2003 dafür ein, dass die Straßenränder als Nahrungsquellen und Lebensräume für Insekten genutzt werden. Hier besteht ein großes Potenzial für Nahrung und Unterschlupf für Wildbienen, Schmetterlinge und viele weitere Blütenbesucher. Die Nutzung von Straßenrändern für Insektenvielfalt hat aber neben der Schaffung von Lebensraum noch einen weiteren, zentralen Aspekt: entlang der Straßen können sich Insekten auch durch die Landschaft bewegen. Sie bilden also nicht nur ein Infrastrukturnetz für unseren Verkehr, sondern können auch eines für die Insekten werden.

Moore und ihre Erhaltung sind von überragender Bedeutung für den Klimaschutz und daher unter allen Umständen zu erhalten oder wiederherzustellen. Auf torfhaltige Pflanzerde sollte daher in städtischen Grün- und Pflanzflächen ab sofort verzichtet werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ab der nächsten Pflanzperiode für Schmuckbepflanzungen grundsätzlich insektenfreundliche und überwiegend heimische Pflanzen aus pestizidfreier Anzucht zu verwenden und diese auch für Patenschaften von Baumscheiben, Pflanzkübeln etc. bereitzustellen. Die Klimaresilienz der Pflanzen ist hierbei zu berücksichtigen.
2. in einer Pflanzenliste für solche Patenschaften ausschließlich insektenfreundliche Pflanzenarten und insbesondere heimische Wildpflanzen vorzuschlagen. Die Liste soll ergänzt werden durch Vorschläge für Pflanzenzusammenstellungen, die ein durchgehendes Blütenangebot vom Frühling bis in den Herbst sicherstellen.
3. vorhandene und neue insektenfreundliche Bepflanzungen mit Erklärschildern zu versehen und diese auch Patinnen und Paten zur Verfügung zu stellen, um das Bewusstsein für die Förderung der Biodiversität in der Stadt zu stärken.
4. ausschließlich torffreie Pflanzerde zu verwenden und diese auch den Patinnen und Paten von Pflanzkübeln etc. zur Verfügung zu stellen.
5. zu prüfen, welche Straßen sich für die Einrichtung von „Bienen-Highways“ eignen und ggf. entsprechende Konzepte zu erarbeiten.

## 6. 23-F-22-0004

Wirkung der Energiesparmaßnahmen - Umsetzung der Gas- und Strompreisbremse

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 18.01.2023 -

Aufgrund der unsicheren Gasversorgungslage Deutschlands nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine waren umfangreiche Energiesparmaßnahmen notwendig geworden. Das BMWK prognostizierte, dass der gesamtdeutsche Gasverbrauch um mindestens 20 Prozent sinken müsse, um eine Gasmangellage im Winter 2022/2023 sicher auszuschließen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. wie sich der Gas- und Stromverbrauch Wiesbadens in der bisherigen Heizperiode im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt hat und wie hoch die Einsparungen temperaturbereinigt ausgefallen sind.
2. wie hoch die bisherigen Energieeinsparungen in städtischen Liegenschaften ausgefallen sind.
3. welche Erfahrungen der städtische Energieversorger ESWE Versorgung mit den Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere der Gas- und Strompreisbremse sowie der Erlassung des Dezemberabschlags gemacht hat.
4. wie ESWE Versorgung auf die Vorwürfe des LegalTechs VENEKO, dass das Preiserhöhungsschreiben an Privatverbraucher formale Mängel enthalte, reagiert hat und wie viele Widersprüche hierzu bisher bei ESWE Versorgung eingegangen sind.

## 7. 23-F-16-0001

Energiewende beschleunigen - Hindernisse abbauen

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 16.01.2023 -

Stecker-Solaranlagen bzw. sog. Balkonkraftwerke werden immer beliebter. Sie sind für viele Bürger mit eigener Immobilie oder auch Mieter mit Balkon eine einfache Möglichkeit ohne große und teure Installationen, die normalerweise Kosten im fünfstelligen Bereich verursachen, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten und die eigenen Stromkosten langfristig etwas zu senken. Die Anlagen werden von der Landeshauptstadt Wiesbaden über die Klimaschutzagentur Wiesbaden (KSA) unter bestimmten Bedingungen gefördert.

Ein Hindernis eine solche Förderung durch die KSA zu beantragen ist für viele Bürger allerdings noch immer die Verpflichtung eine spezielle Einspeisedose (Wielandsteckdose) installieren zu lassen. Dies muss von einem Elektrofachbetrieb durchgeführt werden, um die Förderung durch die Wiesbadener Klimaschutzagentur zu erhalten muss zwingend die Rechnung des ausführenden Elektrofachbetriebes eingereicht werden. Diese Regelung erhöht nicht nur die Kosten für die Inbetriebnahme eines solchen Balkonkraftwerkes, es ist angesichts des derzeitigen Fachkräftemangels, auch in der Elektrobranche, schwierig wegen der Installation einer einzelnen Dose überhaupt einen Elektriker zu finden, der solche kleinen Aufträge zeitnah übernimmt. Es kann auch passieren, dass die Kosten für den Elektriker die Förderung durch die KSA übersteigen.

In vielen europäischen Ländern ist die Einspeisung über eine normale Schukosteckdose, bereits heute erlaubt. In Deutschland wurde sie durch den VDE bisher nicht empfohlen, die Bundesnetzagentur wirbt aber schon seit einiger Zeit dafür den Anschluss an eine normale Schukosteckdose zu ermöglichen.

Nun hat offenbar auch der VDE eingelenkt und empfiehlt in einem Positionspapier vom Januar 2023 ebenfalls die Einspeisung über einen normalen Schukostecker zu dulden.

Angesichts dieser Entwicklung möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten wie viele Balkonsolaranlagen 2022 durch die KSA in Wiesbaden gefördert wurden?
2. die Voraussetzungen für die Förderung von steckerfertigen Mini-Solaranlagen durch die KSA Wiesbaden anzupassen und die Verpflichtung für die Installation einer Wieland-Steckdose aus den Fördervoraussetzungen herauszunehmen bzw. die Förderrichtlinien an die im Positionspapier des VDE formulierten Empfehlungen anzupassen.

## 8. 23-F-63-0002

Wildverbiss im Stadtwald

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2023 -

Die Sicherung eines stabilen und klimaresilienten Waldökosystems mit einer Vielfalt standortgerechter Baumarten ist angesichts der dramatischen Hitze- und Trockenschäden in unserem Stadtwald dringlicher denn je. Dabei ist die Begrenzung von Verbisschäden eine wesentliche Voraussetzung für das Heranwachsen von Jungbäumen der erwünschten Mischbaumarten.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die Verbisschäden durch Reh- und Rotwild im Wiesbadener Stadtwald in den letzten Jahren entwickelt haben.
2. welche Schutzmaßnahmen gegen Wildverbiss für Naturverjüngungen und Nachpflanzungen von Mischbaumarten derzeit erforderlich sind.
3. ob die für Einzelbäume verwendeten Verbisschutz-Hüllen aus Kunststoff bestehen oder aus biologisch abbaubarem Material.
4. wie sich die aktuell praktizierte Bejagung auf die Verbisschäden auswirkt.

## 9. 22-F-63-0045

**ANLAGE**

Baumartenkonzept für Nachpflanzung der Lesselallee auf der Maaraue in Kostheim

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 22.06.2022 -  
- Beschluss Nr. 67 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 28.06.2022 -  
- Aktueller Sachstand -

**10. 22-F-69-0027**

**ANLAGE**

Keine künstlichen Blumen

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 04.05.2022 -
- Beschluss Nr. 41 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 10.05.2022 -
- Aktueller Sachstand -

**11. Verschiedenes**

**Tagesordnung II**

**1. 22-F-15-0016**

**ANLAGE**

Situation der Stadtbäume und des Stadtwaldes

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 06.09.2022 -
- Bericht des Dezernates IV vom 8.12.2022 -

**2. 22-V-70-0004**

**DL 01/23-13**

Grundsatzbeschluss zum Bau und Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen  
Vorsitzender